

Herr Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
Herr Landesrat Daniel Allgäuer
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 25. November 2024

Wie schützen Sie Vorarlbergs Haushalte vor dem Preis-Schock durch die Stromrechnung?

Sehr geehrte Regierungsmitglieder,

im „Arbeitsprogramm“ der neuen Landesregierung findet sich neben unzähligen anderen politischen Allgemeinplätzen auch ein Bekenntnis dazu, *„dass unser Landesunternehmen illwerke vkw AG dauerhaft zu den günstigsten Landesenergieversorgern Österreichs und weit über die Landesgrenzen hinaus gehört“*, um die Bürger:innen zu „entlasten“.

Das Portal „Durchblicker“ rechnet allerdings vor, dass die Vorarlberger Haushalte im kommenden Jahr etwa 50 (!) Prozent mehr für ihren Strom zahlen werden als bisher.¹ Dass Preissteigerungen anstehen, war allerdings schon länger offensichtlich – also auch schon zu dem Zeitpunkt, als Sie das Regierungsprogramm verhandelt haben. Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger stellen sich nun zurecht die Frage, warum Sie dann darauf bislang keine konkreten Antworten gegeben haben.

Volkswirtschaftlich betrachtet würde diese enorme Preissteigerung bedeuten, dass im kommenden Jahr die Strompreise in Vorarlberg wieder zu den größten Inflationstreibern werden. Die Gründe dafür liegen nicht bei den reinen Energiepreisen, sondern vor allem an den auslaufenden Zuschüssen. So läuft die Strompreisbremse des Bundes aus und mit 31. März endet der Zuschuss von 3 Cent pro verbrauchter Kilowattstunde gemäß Landes-Stromkostenzuschussgesetz („Vorarlberger Stromrabatt“). Damit rächt sich die Politik der bisherigen Landes- und Bundesregierung, die Teuerung im Energiesektor nicht mit marktregulierenden Maßnahmen zu bekämpfen. Stattdessen wurden die hohen Preise mit enormen Geldmitteln sogar noch subventioniert und die Inflation damit angeheizt! Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat von Beginn an vor dem Vorarlberger „Stromrabatt“ gewarnt: Die Bürger:innen haben sich damit diese „Ermäßigung“ nämlich selbst bezahlt und werden ab 2025 für diese fehlgeleitete Politik massiv bestraft. Ja, kurzfristig haben Bundes- und Landesregierung mit diesem Trick etwas Zeit gewonnen, umso härter wird der Preis-Schock aber im kommenden Jahr. Durch die generelle Entwicklung mit einem höheren Grad

¹ „Strom im Land wird empfindlich teurer“, Vorarlberger Nachrichten am 23. November 2024, Seite A3

an Eigenversorgung mittels Photovoltaik-Anlagen ist zudem absehbar, dass auch noch die Netzentgelte steigen. Steigende Netzentgelte sind davon abgesehen auch der Grund, weshalb zusätzlich zum Strompreis auch von einer Steigerung der Gaspreise ausgegangen wird. Besonders in Bedrängnis sind damit jene Haushalte, die sich ebenso wenig für den Bau einer Photovoltaikanlage entscheiden können noch für den Ausstieg aus einem Gasliefervertrag: Die tausenden Mieterinnen und Mieter in Vorarlberg.

All das wird die Vorarlberger Haushalte enorm belasten.

Es stellt sich also die Frage, was Sie tun werden, um diese bedrohliche Entwicklung zu verhindern. Aus diesem Grund richten wir gem. § 54 der Geschäftsordnung folgende

A n f r a g e

an Sie:

1. Welche Analyse zur Strompreisentwicklung im kommenden Jahr liegt Ihnen vor? Legen Ihre Berechnungen dieselbe oder zumindest ähnliche Entwicklung nahe, wie sie vom Portal „Durchblicker“ skizziert werden? Wenn nein, inwiefern und warum weichen Ihre Zahlen ab?
2. Mit 1. April wird die illwerke VKW AG traditionsgemäß ihre Tarife ändern. Mit diesem Tag wird auch kein „Stromrabatt“ des Landes mehr ausgezahlt. Inwiefern sind Sie darüber informiert, welche Preispolitik das Unternehmen ab 1. April umsetzen wird und worin bestehen die für Vorarlberger Haushalte relevanten Eckpunkte?
3. Für das kommende Jahr wurden höhere Auszahlungen/Dividenden der illwerke vkw AG an das Land in Aussicht gestellt. Stehen diese Zahlungen in einem Zusammenhang mit der Entwicklung des Strompreises? Konkret: Können höhere Zahlungen an das Land bedeuten, dass das Unternehmen gegenüber Haushalten zu einer Preissteigerung gezwungen ist? Wenn nein, warum nicht?
4. Gemäß Landes-Stromkostenzuschussgesetz endet der Vorarlberger Stromrabatt mit 31. März 2025. Wurde vonseiten der Landesregierung angedacht, den Rabatt zu verlängern? Wenn nein, wurden Alternativen zum Auslaufen des Rabattes geprüft – etwa in Form eines neuen und erhöhten Rabatts? Wenn keine dieser Varianten angedacht wurde, warum nicht?
5. Ist Ihnen bekannt, ob seitens der illwerke VKW AG Rabatte oder Aktionen für das kommende Jahr geplant sind? Wenn ja, worin bestehen diese? Wenn nein, werden Sie sich dafür einsetzen?
6. Welche Analyse zur Gaspreisentwicklung liegt Ihnen vor?
7. Welche Schritte haben Sie bereits gesetzt und werden Sie setzen, damit jene Haushalte, die von Gas abhängig sind, durch mögliche Preissteigerungen nicht belastet werden?
8. Welchen maximalen Strompreis empfindet die Landesregierung angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Vorarlberg als vertretbar?
9. Herr Landesrat Allgäuer, inwiefern waren Sie seit Ihrem Amtsantritt in Gespräche zum Strom- und Gaspreis involviert?
10. Herr Landesrat Allgäuer, gab es angesichts der drohenden Preissteigerungen bei Strom und Gas Bemühungen Ihres Amtsvorgängers, an denen Sie anknüpfen können?

11. Wurden vonseiten der Landesregierung in dieser Causa bereits Gespräche mit der illwerke vkw AG geführt, um eine Lösung im Sinne der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger herbeizuführen? Wenn ja, wann und wie oft fanden diese statt und worin bestanden die angedachten Lösungen? Wenn nein, warum nicht?
12. Haben Sie in dieser Causa bereits Gespräche mit der zuständigen Bundesministerin geführt, um eine Lösung im Sinne der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger herbeizuführen? Wenn ja, wann und wie oft fanden diese statt und worin bestanden die angedachten Lösungen? Wenn nein, warum nicht?
13. Warum begrenzt sich der Anspruch der Landesregierung laut Ihrem Regierungsprogramm lediglich darauf, niedrigere Strompreise als *andere* Bundesländer zu haben, anstatt *solche* niedrigen Strompreise zu haben, die eine echte dämpfende Wirkung auf die ohnehin schon viel zu hohen Lebenshaltungskosten in Vorarlberg haben?
14. Aus welchem Grund wird der Stromrabatt des Landes laut Landes-Stromkostenzuschussgesetz just kurz nach den geschlagenen Gemeindewahlen 2025 beendet? Können Sie ausschließen, dass damit *nicht* das politische Kalkül einhergeht, die Wahlergebnisse gegen den Preis-Schock „abzusichern“? Wenn ja, weshalb?
15. Warum wurden keine marktregulierenden Maßnahmen auf Landesebene umgesetzt, um langfristig stabile Strompreise sicherzustellen? Wenn solche Maßnahmen aus Ihrer Sicht rechtlich derzeit nicht möglich sind: Werden Sie gegenüber dem Bund für die Ermöglichung solcher Maßnahmen durch den Landesgesetzgeber eintreten? Wenn nein, warum nicht?
16. Welche konkreten Schritte werden in Vorarlberg seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine unternommen, um Vorarlberg unabhängiger von den Schwankungen am internationalen Energiemarkt zu machen?
17. Wie viele Vorarlberger Haushalte sind aktuell von Energiearmut betroffen und wie wird sich diese Zahl nach der geplanten Strompreiserhöhung voraussichtlich entwickeln? Welche spezifischen Maßnahmen plant die Landesregierung, um diesen Haushalten zu helfen?
18. Wie viel Geld wurde bislang für den „Vorarlberger Stromrabatt“ ausgegeben?
19. Wurden die volkswirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des „Vorarlberger Stromrabattes“ jemals umfassend analysiert oder zumindest ausgewertet? Wenn ja, welche konkreten Ergebnisse und Lehren hat die Landesregierung daraus gezogen? Wenn nein, warum nicht?
20. Wie werden in der Energiepolitik des Landes die Anforderungen von sozialen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Pflegeheimen und Bildungseinrichtungen berücksichtigt, die besonders stark von steigenden Energiekosten betroffen sind? Können Sie ausschließen, dass diese Einrichtungen Einsparungen vornehmen müssen, um die Steigerung der Energiekosten zu stemmen? Wenn nein, warum nicht?
21. Die voraussichtliche Steigerung der Netzaufgabe pro Haushalt gründet darin, dass immer weniger Personen für die gleichbleibenden Ausgaben aufkommen müssen.² Das hat u. A. damit zu tun, dass die Anzahl an Haushalten, die ihren eigenen Strom durch Photovoltaikanlagen erzeugen, gestiegen ist. Diese Möglichkeit haben in der Regel am ehesten Hausbesitzer:innen; bereits für Wohnungseigentümer:innen gestaltet es sich kompliziert und für Mieter:innen ist es in der Regel gar unmöglich,

² „Strom: Neue Netztarife in Planung“, ORF Online am 25.11.2024

eine dementsprechende Entscheidung zu treffen. Damit treffen die steigenden Netzentgelte gerade jene große Personengruppe besonders stark, die ohnehin schon durch die teuersten Mieten im Österreichvergleich besonders hohe Lebenshaltungskosten haben.

- a. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, um die Vorarlberger Mieter:innen aus dieser „Doppelmühle“ zu befreien?
- b. Welche bisherigen Prüfungsschritte haben Sie bereits gemäß der Beilage 118/2024 unternommen, die auf unsere Initiative hin entstanden und am 4. Juli 2024 einstimmig vom Landtag angenommen worden ist und welche die Entwicklung von Bürgerbeteiligungsprojekten bei PV-Anlagen der Gemeinden und des Landes zum Ziel hat?

Mit bestem Dank für eine ausführliche Beantwortung,

LAbg. Manuela Auer

LAbg. Ing. Reinhold Einwallner

LAbg. Mario Leiter